

IRRITIERENDE EU-DEMOKRATIEPOLITIK WELTWEIT UND IN DER EU STARKE AUTOKRATISCHE TENDENZEN

Von
Frank Ey

Seit Jahren betont die EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula Von der Leyen die wichtige Rolle starker Demokratien. Nach jahrelanger Verzögerung haben die EU-Institutionen nun eine Reihe von Rechtsakten ua zum besseren Schutz der Wahlinfrastruktur, der Medien und gegen Desinformation verabschiedet. Maßnahmen, die ausdrücklich zu begrüßen sind. Gleichzeitig hat die EU-Kommission nun jedoch auch Schritte gesetzt, die demokratiepolitischen Grundsätzen widersprechen. Eine höchst bedenkliche Entwicklung.

Demokratiepolitisch hat die EU in der letzten Legislaturperiode deutlich zu behäbig agiert. Zumindest in der Gesetzgebung setzt die Europäische Union nun auch teils positive Zeichen.

Was von den Ankündigungen der letzten EU-Legislaturperiode blieb

Zwischen dem Versprechen Von der Leyens zu Beginn ihrer ersten Amtszeit 2019, die Demokratien zu stärken, und dem Ergebnis in Form von konkreten Maßnahmen¹ klaffte am Ende der letzten Legislaturperiode 2024 eine große Lücke. Zahlreiche der geplanten EU-Gesetze waren bis zu den EU-Wahlen 2024 noch nicht in Kraft. Die Entwürfe zu den Rechtstexten wurden zu einem erheblichen Teil erst gegen Ende der letzten Gesetzgebungsperiode veröffentlicht.

Folgewirkungen des langsamen Handelns auf EU-Ebene

Die mangelnde Entschlossenheit der EU-Kommission wurde von antidemokratischen und totalitären Regimen und Gruppen außerhalb und innerhalb der EU prompt ausgenutzt: Länder wie Russland, China² oder Katar³ warben Abgeordnete und Mitarbeiter:innen im Europäischen Parlament an, damit diese in ihrem Sinne bei Verhandlungen intervenieren oder gar sensible Informationen an sie weitergeben. Auf Ebene des Rates wurde bekannt, dass Mitglieder der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán Russland sensible Informationen aus Sitzungen des EU-Rats zuspielten.⁴

Russland forcierte zudem eine Reihe von Desinformationskampagnen insbesondere über soziale Medien gegen mehrere EU-Länder wie beispielsweise Deutschland und Polen. Ein ähnliches Verhalten legte die US-Regierung nach der Machtübernahme durch Donald Trump an den Tag: So machte Trumps damaliger Berater Elon Musk im Vorfeld der deutschen Bundestagswahlen offen Stimmung⁵ für eine rechtsgerichtete Partei in Deutschland⁶. Die Propaganda, die von den rechtsgerichteten Regimen und Personen lanciert wurde, zeigte prompt Erfolg: Russland bzw den USA unter Trump nahestehende europäische Gruppierungen erzielten bei nationalen und den EU-Wahlen teils erhebliche Zugewinne.

Auch innerhalb der Europäischen Union agierte die Europäische Kommission deutlich zu langsam und teilweise sogar widersprüchlich. Die Gesetze zu digitalen Dienstleistungen und dem digitalen Binnenmarkt waren neben wirtschaftlichen Aspekten auch aus demokratiepolitischer Sicht ein wesentlicher Fortschritt.⁷ Nur: Sie entfalteten ihre Wirkung unzureichend und halfen nicht gegen die Verbreitung von falschen Informationen auf sozialen Plattformen, die über Algorithmen noch wesentlich befeuert wurden. Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, der EU-Ländern

Irritierende EU-Demokratiepolitik: Weltweit und in der EU starke autokratische Tendenzen

EU-Förderungen vorenthält, die sich nicht an die EU-Grundprinzipien der Demokratie halten, kann durchaus als scharfes Instrument bezeichnet werden. Im Falle Ungarns wurden bedeutende Teile von EU-Förderungen⁸ zwar zuerst blockiert, jedoch knapp vor den EU-Wahlen 2024 ohne ersichtlichen Grund von der EU-Kommission freigegeben. Darauf hat das Europäische Parlament damals rasch reagiert und gegen diese Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt. Die Abgeordneten bekamen

zwischenzeitlich von der Generalanwältin des EuGH auch recht: Sie schlägt vor, den Beschluss der Kommission für nichtig zu erklären.⁹ Zwischenzeitlich dürfte das Urteil mit dem Machtwechsel in Ungarn jedoch obsolet geworden sein, weil der neue Premier Magyar angekündigt hat, die die für Ungarn eingefrorenen EU-Gelder mit Reformen so rasch wie möglich loseisen zu wollen.¹⁰

EU-Demokratiepolitik in der neuen EU-Gesetzgebungsperiode

Der Beginn der neuen EU-Legislaturperiode begann vielversprechend: Mit Michael McGrath¹¹ wurde erstmals ein eigener Kommissar für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz ernannt. Das Europäische Parlament richtete zudem den Sonderausschuss¹² „Europäisches Schutzschild für die Demokratie“ ein.

Im November 2025 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag für einen Europäischen Schutzschild für die Demokratie,¹³ der neue und bestehende Gesetze bündelt und durch Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen, einen Demokratieleitfaden, bildungspolitische Maßnahmen, eine Civic-Tech-Plattform und einen Verhaltenskodex gegen Desinformation ergänzt. Das neu geschaffene Europäische Zentrum für demokratische Resilienz¹⁴ soll zudem Wissen und Ressourcen bündeln. Schwerpunkte sollen unter anderem die Entwicklung von Instrumenten zum Schutz der Wahlen auf EU-Ebene, ein Konzeptentwurf zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Desinformation sowie die Einbeziehung von Bürger:innen für den Schutz der Demokratie sein.

Neue Gesetze geben Hoffnung

Mehrere EU-Gesetze, deren Textentwürfe noch gegen Ende der letzten Gesetzge-



Verkehrte Welt: Das EU-Parlament hat ein Gremium eingerichtet, das die Förderungen für Nichtregierungsorganisationen kontrollieren soll. Gleichzeitig blockieren Konservative und Rechte einen Ethikrat, der sich Fällen von Korruption und Spionage widmen soll.

bungsperiode veröffentlicht wurden, konnten nun, wenngleich mit erheblicher Verspätung,¹⁵ verabschiedet werden. Nach der Umsetzungsphase in den Mitgliedstaaten werden die neuen Normen im Laufe dieses und nächsten Jahres in Kraft treten. Die wichtigsten davon sind:

- Die **wahlbezogene Infrastruktur** wird nun über die sogenannte NIS2-Richtlinie, ein Gesetz, das die Netz- und Informationssicherheit verbessert und konzeptintegrierte Sicherheit, Resilienz und Koordinierung in der gesamten EU ermöglicht, besser geschützt. Ergänzt wird die Richtlinie über die Cyberresilienz-Verordnung, die Cyberangriffe verhindern und kritische Bereiche sowie digitale Produkte besser schützen soll.
- Seit Oktober 2025 ist zudem die **Verordnung über politische Werbung**¹⁶ in Kraft, ergänzt durch entsprechende Leitlinien. Politische Werbeeinschaltungen müssen klar als solche gekennzeichnet werden. Zudem ist Werbung durch Sponsor:innen¹⁷ aus Drittstaaten drei Monate vor einer Wahl oder einem Referendum in einem Land überhaupt verboten. Darüber hinaus dürfen nun sensible persönliche Daten wie die Religionszugehörigkeit, die Hautfarbe und die sexuelle Orientierung nicht mehr bei politischer Werbung genutzt werden. Politische Online-Anzeigen müssen in einem Online-Archiv verfügbar sein, samt der Information, wer die Werbung finanziert hat.
- Das **EU-Medienfreiheitsgesetz**¹⁸ ist ebenfalls seit 2025 in Kraft und regelt unter anderem den Schutz der redaktionellen Unabhängigkeit, journalistische Quellen und den unabhängigen Betrieb

öffentlich-rechtlicher Medien. Darüber hinaus zielt das Gesetz darauf ab, die Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen von Medien und staatlicher Werbung bei Mediendienstleistern zu verbessern.

Die dunklen Seiten der EU in der Demokratiepolitik

Leider ist trotz der positiven Akzente in der Gesetzgebung für stabile Demokratien festzustellen, dass die EU-Institutionen derzeit eine Reihe von Schritten setzen, die ganz im Gegensatz zu liberalen Demokratien stehen.

Dazu zählt in besonderem Maße die EU-De-regulierungsagenda,¹⁹ bei der EU-Gesetze, die im Interesse der Beschäftigten und zum Schutz des Klimas gerade erst in der letzten Gesetzgebungsperiode verabschiedet wurden, mit zweifelhaften Methoden gleich wieder gestrichen oder verwässert werden sollen. Zentrales Instrument dabei ist das sogenannte Omnibus-Verfahren, über das ganze Gesetzespakete, beispielsweise zum Grünen Deal, zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, zum Datenschutz und zu beschäftigungspolitischen Fragestellungen teils erheblich abgeschwächt werden sollen. Konsultationen, die laut den EU-Verträgen²⁰ bei derartigen Gesetzesprozessen vorgenommen werden müssen, um alle Teile der EU-Bevölkerung miteinzubeziehen, werden teilweise nicht durchgeführt, demokratiepolitische Grundsätze damit unterschlagen. Diesen Missstand hat auch die Europäische Ombudsstelle scharf kritisiert²¹ und festgestellt, dass sich die EU-Kommission an ihre eigenen Grundsätze zur „Besseren Rechtsetzung“ nicht halte. Auch sei die Dringlichkeit, mit der die Kommission diese Verfahren durchführt, nicht nachvollziehbar.

Irritierende EU-Demokratiepolitik: Weltweit und in der EU starke autokratische Tendenzen

In mehreren EU-Ländern sind die demokratiepolitischen Entwicklungen besorgniserregend.

Wie sehr sich die EU-Entscheidungsträger:innen von einer ausgewogenen Berücksichtigung der Interessen aller Teile der EU-Volkswirtschaft wegbewegen, zeigt sich auch bei Gesprächen mit Interessensvertretungen. Bei den Terminen mit der höchsten Ebene der EU-Kommission wird ein massives Ungleichgewicht zugunsten der Wirtschaftslobby deutlich: Seit Beginn der neuen EU-Legislaturperiode Ende 2024 haben die Kommissar:innen und ihre Mitarbeiter:innen fast drei Viertel der Gespräche²² mit Unternehmenslobbyist:innen geführt. Mit allen anderen Teilen der Gesellschaft, seien es Gewerkschaften, Gesundheitsorganisationen, Umweltverbände oder andere Interessensbereiche, gab es zusammen nur rund ein Viertel der Termine mit Kommissionsvertreter:innen.

Schockierend ist der neue Umgang des Europäischen Parlaments mit Nichtregierungsorganisationen, der an Praktiken von antidemokratischen Regimen erinnert: Die EU-Abgeordneten der Europäischen Volkspartei und der rechtspopulistischen Fraktionen haben beschlossen, ein Kontrollgremium für NGOs²³ einzurichten, um deren Förderungen zu überprüfen. Gleichzeitig blockieren die gleichen politischen Gruppierungen nun die Gründung eines Ethikrats²⁴ zur Untersuchung von Korruptions- und Spionagefällen, die in den letzten Jahren im Europäischen Parlament aufgedeckt wurden.

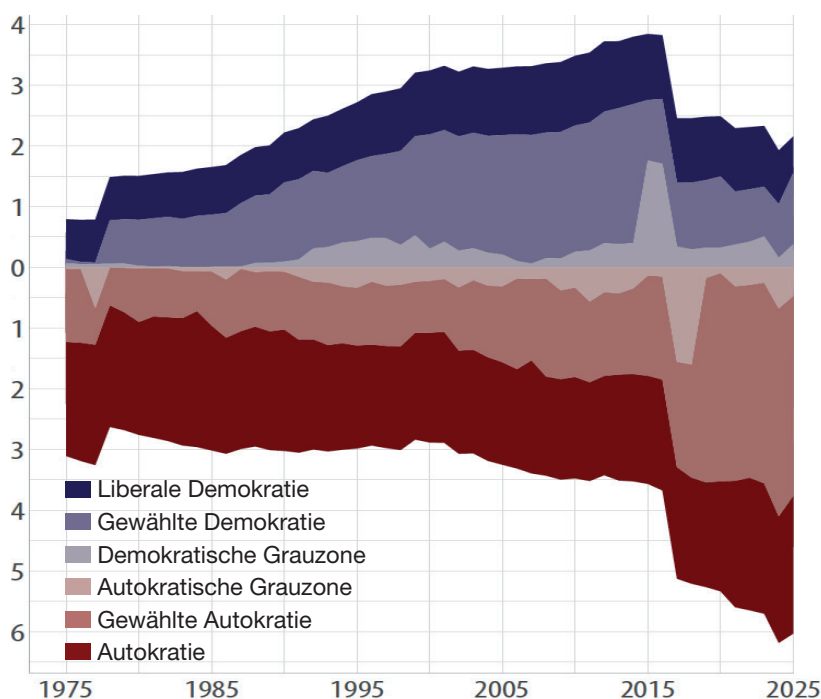
Weltweit dramatische Entwicklungen hin zu Autokratien und Diktaturen

Wenig positive Nachrichten gibt es aus anderen Weltregionen: Das renommierte V-Dem-Institut der Uni Göteborg²⁵ beobachtet seit vielen Jahren die Entwicklung von Demokratien und Autokratien. Die Ergebnisse des neuesten Berichts sind alarmierend: Lebten 2005 noch rund 50 Prozent der Weltbevölkerung in Demokratien,²⁶ waren es 2025 nur mehr 25 Prozent. Ob ein Staat eine Demokratie oder eine Autokratie ist, wird anhand von rund 600 Parametern, darunter die Meinungs-, die Wahl- und die Versammlungsfreiheit ermittelt. Laut den Autor:innen ist die negative Entwicklung in den USA beispiellos: Von der höchsten Kategorie einer liberalen Demokratie, in der auch Österreich zu finden ist, rutschte die USA binnen kürzester Zeit in die Kategorie einer Wahldemokratie mit negativem Ausblick ab.

Aber nicht nur in Übersee gibt es negative Entwicklungen, sondern auch in der Europäischen Union selbst. Besorgniserregende Entwicklungen sind laut dem Bericht in der Slowakei, Slowenien, Italien und Kroatien festzustellen. Rückschritte bei demokratischen Prinzipien gibt es weiters in Bulgarien,

Regierungstypen bezogen auf den Anteil der Weltbevölkerung in Milliarden 1975 – 2025

Quelle: V-Dem Institute: Democracy Report 2026, S. 11
https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf



Irritierende EU-Demokratiapolitik: Weltweit und in der EU starke autokratische Tendenzen

Zypern und Portugal. Einen Lichtblick stellt nun Ungarn dar: Das EU-Land, das als einziges in die Kategorie Autokratie fällt, könnte – die Wiederherstellung demokratischer Grundprinzipien vorausgesetzt – nun wieder in die Kategorie Demokratie aufsteigen.

ist es dringend notwendig, gegen Attacken auf die EU-Demokratie von Drittstaaten oder einflussreichen Personen entschlossen vorzugehen. Nur so lässt sich die Demokratie auch in Zeiten bewahren, in denen sie weltweit unter Druck steht.

Frank Ey, AK Wien
Frank.Ey@akwien.at

Der Weg zu einer starken Demokratie in der EU ist weiter denn je

Die Europäische Union hat wichtige Schritte gesetzt, um die Demokratien auf EU-Ebene zu stärken. Gleichzeitig haben sich die EU-Institutionen in der aktiven EU-Politik jedoch von ihren demokratischen Grundprinzipien deutlich wegbewegt. Nach außen hin

- 1 [Prioritäten der EU für 2019-2024 | Europäische Union](#), abgerufen am 4. Mai 2026
- 2 [ZDF HEUTE Ex-Mitarbeiter von EU-Abg wegen Spionage angeklagt](#), abgerufen am 2. Mai 2026
- 3 [Einflussnahme trotz Katargate oft unbemerkt: Rechnungshof kritisiert Umgang mit Lobbyisten bei der EU](#), abgerufen am 2. Mai 2026
- 4 [Geheime EU-Infos an Russland? Schwere Vorwürfe gegen Ungarns Regierung | Euronews](#), abgerufen am 2. Mai 2026,
- 5 <https://leibniz-hbi.de/elon-musk-die-afd-und-das-agenda-setting-der-radikalen-rechten/>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 6 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/warum-sich-elon-musk-in-die-deutsche-politik-einmischt,UZDFYRO>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 7 [Das Gesetz über digitale Märkte und das Gesetz über digitale Dienste – einfach erklärt | Themen | Europäisches Parlament](#), abgerufen am 11. Mai 2026
- 8 <https://de.euronews.com/my-europe/2023/12/13/brussel-gibt-nach-ungarn-erhalt-eingefrorene-10-milliarden-euro>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 9 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/europa-eugh-freigabe-von-milliarden-an-ungarn-nichtig-a-17a35c9c-04d2-4433-9790-c6b4f5cce-9ec>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 10 [Péter Magyar ringt um dringend benötigtes Geld für Ungarn - Ungarn - derStandard.at · International](#), abgerufen am 11. Mai 2026
- 11 https://commission.europa.eu/about/organisation/college-commissioners/michael-mcgrath_en?prefLang=de&etrans=de, abgerufen am 4. Mai 2026
- 12 <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/euds/home/highlights>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 13 [Europäischen Schutzschild für die Demokratie](#), abgerufen am 4. Mai 2026
- 14 [Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz](#), abgerufen am 4. Mai 2026
- 15 [mit erheblicher Verspätung](#), abgerufen am 4. Mai 2026
- 16 https://germany.representation.ec.europa.eu/news/transparenz-politischer-werbung-kommission-veroeffentlicht-leitlinien-2025-10-08_de, abgerufen am 4. Mai 2026
- 17 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-regeln-politische-werbung-100.html>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 18 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32024R1083>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 19 <https://corporateeurope.org/en/deregulation-watch>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 20 <https://dejure.org/gesetze/EUV/11.html>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 21 <https://www.ombudsman.europa.eu/de/press-release/de/215989>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 22 <https://www.integritywatch.eu/ecmeetings.php>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 23 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-finanzierung-konservative-und-rechte-fuehren-kontrollgremium-fuer-ngos-ein-a-d020e94c-dea7-47f6-bb4a-b2fbbe5deb36>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 24 <https://de.euronews.com/my-europe/2025/05/14/eu-transparenzvorschriften-ethik>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 25 <https://www.v-dem.net/publications/democracy-reports/>, abgerufen am 4. Mai 2026
- 26 <https://www.spiegel.de/geschichte/institut-fuer-demokratieforschung-demokratische-werte-unter-druck-a-8d9a90f2-0290-4471-8c52-8246cdeb731f>, abgerufen am 4. Mai 2026



BESTELLEN!

Unter
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/EU_Infobrief.html

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

